



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 10. OKTOBER 2002

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident der EZB und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

In der heutigen Sitzung hat der EZB-Rat seine umfassende Analyse der **monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen** fortgeführt und neue Daten bewertet, die in den vergangenen Wochen verfügbar geworden sind. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risiken für die Preisstabilität momentan ausgeglichen sind. Auf der Grundlage unserer Gesamtbewertung haben wir beschlossen, die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank unverändert zu belassen.

Was die Analyse im Rahmen der **ersten Säule** unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so belief sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von Juni bis August 2002 auf 7,1 %, verglichen mit 7,3 % in der Zeit von Mai bis Juli. Das Geldmengewachstum im Euroraum blieb damit unverändert kräftig, die Liquiditätsausstattung weiter reichlich. Die jüngsten monetären Entwicklungen sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. Einerseits standen sie unter dem Einfluss einer beträchtlichen Unsicherheit an den Finanzmärkten und spiegeln daher zum Teil eine deutliche Liquiditätspräferenz der Anleger wider. Andererseits hat das niedrige Niveau der kurzfristigen Zinsen tendenziell zu einer Stimulation des Geldmengewachstums geführt, was insbesondere im Anstieg des eng gefassten Geldmengens aggregats M1 zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig scheint sich die Kreditvergabe an den privaten Sektor bei Zuwachsraten von über 5 % zu stabilisieren. Dies entspricht in realer Betrachtung dem langfristigen Durchschnitt. Unter Berücksichtigung aller Indikatoren im Rahmen der ersten Säule ist auf mittlere Sicht mehr Liquidität vorhanden, als zur Finanzierung eines nachhaltigen,

inflationfreien Wachstums erforderlich wäre. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sehen wir allerdings keine Gefahr, dass dies in absehbarer Zukunft zu Inflationsdruck führt.

Was die **zweite Säule** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse, dass sich die Konjunktur im Euroraum weiter verhalten entwickelt. Diese Daten und Ergebnisse deuten ferner darauf hin, dass das Wachstum des realen BIP im dritten Quartal dieses Jahres in etwa dem der ersten beiden Quartale entsprechen dürfte, in denen die Vorquartalswachstumsrate 0,4 % erreichte. Vor diesem Hintergrund werden sich die bisherigen Erwartungen einer Wachstumsbeschleunigung im Verlauf des Jahres 2002 nicht erfüllen. Zugleich haben insbesondere der starke Einbruch der Aktienkurse und der davon möglicherweise ausgehende negative Einfluss auf die Konjunktur sowie geopolitische Spannungen, die sich in steigenden Ölpreisen niederschlagen, in den letzten Monaten erhebliche Unsicherheit aufkommen lassen.

Das Hauptszenario für das Euro-Währungsgebiet sieht jedoch so aus, dass das Wirtschaftswachstum im Verlauf des kommenden Jahres auf ein Niveau zurückkehren wird, das dem Potenzialwachstum entspricht. Darauf deuten auch die Prognosen internationaler Organisationen hin. Allerdings ist die Unsicherheit im Hinblick auf die Konjunkturaussichten groß. Faktoren, die zu Abwärtsrisiken führen können, wie etwa die Ölpreise, Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, Unsicherheit an den Finanzmärkten und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Konsum, die Investitionen und damit auch auf die Beschäftigungslage, werden weiter genau beobachtet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es besonders schwierig, den Zeitpunkt und das Ausmaß des Wirtschaftsaufschwungs sowohl im Euroraum als auch weltweit genau einzuschätzen.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so betrug die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI im August 2,1 %. Die Blitzprognose von Eurostat für September ergab eine jährliche Preissteigerung gemessen am HVPI von 2,2 %. Wenngleich derzeit noch keine genaueren Informationen zu den einzelnen Teilkomponenten des HVPI verfügbar sind, dürfte die jüngste Zunahme auf einen Anstieg der Energiepreise zurückzuführen sein. Diese Entwicklungen stimmen weitgehend mit früheren Erwartungen überein, die davon ausgingen, dass sich die Teuerungsrate in den verbleibenden Monaten dieses Jahres auf einem Niveau von rund 2 % bewegt; allerdings könnte die kurzfristige Tendenz durch die weitere Entwicklung der Ölpreise beeinflusst werden.

Was die weitere Zukunft betrifft, dürfte der Wechselkurs des Euro, der sich seit Anfang des Jahres gefestigt hat, und das gesamtwirtschaftliche Umfeld zu einer Abnahme des Preisauftriebs beitragen. Darüber hinaus erwarten wir, dass sich die gefühlte Inflation, die gegenwärtig hoch ist, an die tatsächlichen Inflationsraten annähern wird. Allerdings ist die Einschätzung, dass die

Teuerung auf unter 2 % sinken und dort verharren wird, von der Ölpreisentwicklung abhängig und davon, dass Lohnzurückhaltung geübt wird. In diesem Zusammenhang haben wir Anfang des Jahres auf einen Aufwärtstrend beim Lohnwachstum hingewiesen. Vorläufige Anzeichen deuten darauf hin, dass dieser erst kürzlich abgeklungen sein könnte. Desgleichen haben wir die Trägheit der Verbraucherpreisentwicklung im Euroraum festgestellt, die sich in einer Beharrungstendenz der Jahresinflationsrate ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie widerspiegelt. Diese lag im August bei 2,5 % und war damit lediglich geringfügig niedriger als am Anfang des Jahres; daher ist Wachsamkeit angezeigt.

Ingesamt wird die Geldpolitik auf den Erhalt von Preisstabilität ausgerichtet bleiben und sich weiterhin auf die mittelfristige Zukunft konzentrieren, wodurch Verbrauchern und Investoren ein verlässlicher Anker geboten wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürfte die Entwicklung der Gesamtnachfrage und des Wechselkurses zu einem Nachlassen des Preisauftriebs beitragen. Gleichzeitig könnten die Geldmengenentwicklung, die Lohndynamik und die Ölpreisentwicklung auf gegenläufige Risiken hindeuten. Daher werden wir alle Faktoren, die das Gleichgewicht der Risiken für die Preisstabilität beeinflussen könnten, genau im Auge behalten.

Was die **Finanzpolitik** im Euro-Währungsgebiet betrifft, stellt der EZB-Rat mit Besorgnis fest, dass manchen Ländern immer noch der Ehrgeiz fehlt, entschlossen auf Haushalte hinzuwirken, die auf mittlere Frist annähernd ausgeglichen sind oder einen Überschuss aufweisen. Die aktuellen Haushaltsprobleme einiger Länder lassen sich darauf zurückführen, dass diese die Gelegenheit ungenutzt verstreichen ließen, ihre Finanzlage wesentlich zu verbessern, als das Wirtschaftswachstum noch deutlich höher war als zurzeit. Da diese Chance nicht ergriffen wurde, ist es nun unerlässlich, dass alle Länder mit verbleibenden Ungleichgewichten sich mit Nachdruck dazu verpflichten, im Einklang mit den Bestimmungen des EG-Vertrags übermäßige Defizite zu vermeiden und, wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt gefordert, annähernd ausgeglichene oder einen Überschuss aufweisende Haushaltspositionen zu erzielen. Es ist ein schnelles und entschiedenes Handeln erforderlich, um glaubwürdige Anpassungsprozesse in die Wege zu leiten, die sowohl auf einer realistischen Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds als auch auf klar umrissenen Konsolidierungsmaßnahmen basieren. Solche Anpassungsprozesse müssen deutliche jährliche Verbesserungen der (konjunkturbereinigten) Haushaltssalden ermöglichen, streng befolgt und schnellstmöglich durchgesetzt werden. Um diesen Prozess zu untermauern fordert die EZB, dass die Umsetzung der Konsolidierungsstrategien streng überwacht wird, das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit voll zur Anwendung kommt und strenge Bilanzierungsregeln angesetzt werden.

Die Konjunkturaussichten werden nicht durch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen beeinträchtigt. Das Erreichen von Haushaltssalden, die mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in Einklang stehen, wird allmählich Raum schaffen, um sich mit altersstrukturbedingten Problemen und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen zu befassen. Auf kurze Sicht impliziert der Pakt keine Beschränkungen für die Mitgliedstaaten, die die Ziele bereits erreicht haben, fordert aber die vollständige Umsetzung der Ziele in den wenigen Ländern, die sie noch nicht erreicht haben. Den unmittelbaren Auswirkungen auf die kurzfristige Nachfrage muss durch eine größere Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik entgegengewirkt werden, die zu einer Stärkung des Vertrauens und somit der privaten Ausgaben beiträgt.

Wir fordern zudem die Regierungen auf, die zögerliche Haltung bei der Umsetzung der **Strukturenreformen** sowohl im Bereich der Haushaltsausgaben und –einnahmen als auch der Arbeits- und Gütermärkte aufzugeben. Jede weitere Verzögerung, entschlossener als bisher die Ursachen für das mäßige mittelfristige Wachstum des Produktionspotenzials und die nur teilweise Ausnutzung des vorhandenen Potenzials zu bekämpfen, verursacht Kosten. Dies würde auch das Erreichen der in der Agenda von Lissabon verankerten Ziele zunehmend erschweren. Die positiven Auswirkungen von Strukturreformen kommen erst im Laufe der Zeit gänzlich zum Tragen, daher sollten diese Reformen baldmöglichst in Angriff genommen werden. Unter den gegebenen Umständen ist das Vorziehen struktureller Reformen besonders angezeigt, da dies das Vertrauen stärken würde.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.